

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

## Allgemeines

**Generalversammlung: Erstmals ein Deutscher Präsident — Rüdiger von Wechmar, ein liberaler Preuße (40)**

I. Durch Akklamation wählte am Nachmittag des 16. September 1980 in New York die Generalversammlung der Vereinten Nationen den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Rüdiger Freiherr von Wechmar, zu ihrem Präsidenten. Knapp zwei Jahre zuvor war die Kandidatur des Deutschen in der Gruppe der »westeuropäischen und anderen Staaten«, der 1980 turnusgemäß die Präsidentschaft zufällt, angemeldet worden; doch erst eineinhalb Wochen vor Beginn der 35. Generalversammlung zog der spanische UN-Botschafter seine Bewerbung zurück und ermöglichte somit einen einmütigen Vorschlag der Regionalgruppe. Dieser fand dann ohne Abstimmung die Billigung des Plenums. Die Übernahme des Gruppen-Vorschlags entspricht der üblichen Praxis der Generalversammlung — was manchen überschwenglichen Kommentar zur Berufung des Deutschen in dieses Amt — dessen Inhaber im Protokoll vor dem UN-Generalsekretär sowie den Regierungschefs und Außenministern rangiert — etwas relativieren mag. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß sich Wechmar auch für den Fall einer Abstimmung im Plenum gegenüber dem spanischen Mitbewerber vorzügliche Chancen ausrechnen konnte, und daß 35 Jahre nach Kriegsende Wechmars Präsidentschaft der internationalen Anerkennung der in drei Jahrzehnten erworbenen Rolle der Bundesrepublik Deutschland sichtbaren Ausdruck verleiht. Glücklicherweise fügte es sich da, daß sie am East River durch eine Persönlichkeit vertreten ist, die Schlagfertigkeit und Charme mit Sachverstand und Effizienz vereint.

II. Rüdiger Freiherr von Wechmar wurde am 15. November 1923 in Berlin geboren. Ab 1941 leistete er Militärdienst; der Zwanzigjährige geriet als Offizier des Afrika-Korps in Kriegsgefangenschaft. In der amerikanischen Gefangenschaft nahm er ein Fernstudium des Journalismus an der Universität von Minnesota auf; 1946 — nach Dolmetscherdiensten für die britische Militärregierung und Mitarbeit beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes — wurde er für die Deutsche Presseagentur tätig, 1947 dann für United Press. Von 1948 bis 1958 arbeitete er im Bonner Büro dieser Agentur, das er ab 1954 leitete. 1958 trat er als Presseattaché des Generalkonsuls der Bundesrepublik Deutschland in New York in den Auswärtigen Dienst ein und nahm bis 1962 im Rahmen der Ständigen Beobachtermission der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen an allen ordentlichen und Sonder-Tagungen der UN-Generalversammlung teil. In den Jahren 1963 bis 1968 kehrte er zum Journalismus zurück und war Osteuropa-Korrespondent des Zweiten Deutschen Fernsehens mit Sitz in Wien.

Von 1968 bis 1970 war er Direktor des (an die Botschaft in Washington angeschlossenen) Deutschen Informationszentrums in New York. 1970 wurde dem parteilosen Wechmar — der sich 1971 der FDP anschloß — in Bonn das Amt des stellvertretenden Regierungssprechers übertragen; im Januar 1973 wurde er als Nachfolger von Conrad Ahlers Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung. Im Juli 1974, nur wenige Wochen, nachdem ihm bei der Bildung der Regierung Schmidt Klaus Bölling im Amt des Regierungssprechers nachgefolgt war, wurde er zum Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland am Sitz der Vereinten Nationen in New York ernannt; noch im gleichen Jahr wurde er zu einem der Vizepräsidenten der 29. Jahrestagung der Generalversammlung gewählt. Im Jahr darauf war Wechmar stellvertretender Vorsitzender des für Politik und Sicherheit zuständigen Ersten Hauptausschusses der Generalversammlung. Seit 1975 hat er als Delegationsleiter an allen Genfer Tagungen des Wirtschafts- und Sozialrats teilgenommen; in den Jahren 1977 und 1978 vertrat er die Bundesrepublik im Sicherheitsrat (vgl. VN 2/1979 S.62f.) und führte in diesem Gremium zweimal den Vorsitz.

Die Präsidentschaft der Generalversammlung stellt für Wechmar den krönenden Abschluß seines Wirkens am Sitz der Weltorganisation dar; 1981 wird er als Botschafter nach Rom gehen, während ihm der derzeitige Staatssekretär im Auswärtigen Amt Günter van Well als Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen folgt. Sollten nach dem Abschluß der 35. ordentlichen Tagung der Generalversammlung Sondertagungen oder Notstandssondertagungen — 1980 war dies dreimal der Fall — stattfinden, wird auch ihr Präsident Rüdiger von Wechmar heißen. Erst am 15. September 1981 wird er jenen Hammer, der das Symbol präsidentieller Leitungsbefugnis ist, seinem Nachfolger — dem dann voraussichtlich ebenfalls durch Akklamation gewählten Vertreter eines asiatischen Staates — übergeben.

III. Respekt hat Rüdiger von Wechmar sich nicht zuletzt bei den Repräsentanten der Dritten Welt erworben — zu Recht, denn in seiner Antrittsrede als Präsident des Weltforums schonte er auch die eigene Regierung nicht, als er den (nicht zuletzt von deutscher Seite verantworteten) Stillstand bei der Vorbereitung der Globalverhandlungen kritisierte und es als erschreckend bezeichnete, daß einige Länder, die dazu in der Lage wären, noch immer nicht das 0,7-Prozent-Ziel bei ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe erreicht haben.

Eher Anlaß denn Grund zur Kritik an den ohnehin ungeliebten Vereinten Nationen bot einigen amerikanischen Presseorganen die Tatsache, daß (wie auch UN-Generalsekretär Waldheim) Wechmar Kriegsteilnehmer in der Wehrmacht Hitlerdeutschlands war. Positiv dagegen war die Reminiszenz des New Yorker »Aufbau«, Wochenzeitung

der deutsch-jüdischen Emigration in den Vereinigten Staaten. Er erinnerte an seinen einstigen freien Mitarbeiter Wechmar, der im Mai 1950 in einem detaillierten Aufsatz vormalige Nazis und »Alte Herren« der Burschenschaften namhaft gemacht hatte, »die in den jungen, damals von Adenauer aufgebauten diplomatischen Dienst der nagelneuen Bundesrepublik traten: ein tapferer und Aufsehen erregender Bericht«. Seine Herkunft aus einem mit demokratischem Engagement betriebenen Journalismus hat auch der Diplomat Wechmar nie verleugnet.

Red

## Politik und Sicherheit

**Nichtverbreitungsvertrag: Zweite Überprüfungs-konferenz an Abrüstungsfrage gescheitert — Peru droht mit Aufkündigung (41)**

(Dieser Bericht knüpft an die Darstellung von N. J. Prill, Die Nichtverbreitungspolitik — ein Fehlschlag?, VN 1/1980 S.3ff., an.)

I. Die zweite Konferenz zur Überprüfung der Wirkungsweise des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (sog. NVV-Vertrag, kurz NVV, englisch NPT; auch Atomwaffensperrvertrag genannt) hat sich auf kein substantielles Schlußdokument verständigen können. Entscheidender Streitpunkt war zuletzt der Vertragsartikel VI, in welchem sich »jede« Vertragspartei verpflichtet (angesprochen sind natürlich die NVV-Kernwaffenstaaten), »in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle«.

75 Vertragsstaaten nahmen an der Konferenz (11. August — 7. September 1980 in Genf) teil, die zur Ermöglichung eines Konsenses über eine aussagekräftige Abschluß-erklärung — vergeblich, wie sich dann erwies — um zwei Tage verlängert wurde. Als Beobachter waren Ägypten, Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Kuba, Mosambik, Sambia, Spanien, Tansania, die Vereinigten Arabischen Emirate sowie — nach einigem prozeduralen Gerangel — Israel vertreten, mit letzterem also ein Staat, von dem heute allgemein angenommen wird, er habe sich mit Kernwaffen ausgestattet. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß damit drei der vier Neinsager zum NVV in der Generalversammlung von 1968 nunmehr ein konstruktives Interesse an dem Nonproliferationsthema erkennen lassen (Kuba, Sambia, Tansania); nur noch Albanien steht abseits.

II. Die Konferenz hat schließlich nur die Berichte ihrer beiden Ausschüsse »zur Kenntnis genommen« und ist dann von ihrem Präsidenten für beendet erklärt worden, nachdem ein Antrag der Gruppe der 77 auf Vertagung sine die keine einmütige Billigung gefunden hatte. Vor allem die Vereinigten Staaten waren gegen die Quasi-Verlängerung gewesen.

Der 1. Ausschuß — zuständig für Nichtverbreitung von Kernwaffen und Abrüstung — war von der Verständigung auf eine einheitliche Linie weit entfernt geblieben. Die unterschiedliche Einschätzung der Durchführung von Artikel VI hat dafür den Aus-